Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 124. | Dresden, Sonnabend den 1. Juni 1912. | 23. Jahrg.

Der moderne Sklavenhandel in Deutschland.

Einstmals zogen, und zwar Jahrhunderte hindurch, mächtig große Züge gekaufter, geraubter oder kriegsgefangener Sklaven aus den nördlichen Ländern Europas, aus Gallien, Germanien und den slawischen Gebieten, nach dem südlichen Italien, dem römischen Reiche, um in den Latifundien, in Bergwerken oder als Haussklaven verwendet zu werden. Hohe Preise wurden für die Sklaven an die Händler bezahlt, besonders für kräftige Männer oder schöne Mädchen. Zeitlebens blieben diese Sklaven — und ihre Nachkommen — Eigentum ihres Besitzers, der frei über seine Sklaven verfügen konnte, aber auch verpflichtet war, für ihre Verpflegung zu sorgen.

Weit hinter uns liegt diese antike Sklaverei, die dem Empfinden des modernen Menschen zuwider ist. Aber es besteht heute immer noch eine Sklaverei und ein Sklavenhandel, die sich nur in der Form von dem antiken Sklavenwesen unterscheiden. Noch fesseln die Gesindeordnungen das ländliche Gesinde an den Gutsherrn und versagen ihm die Rechte und Freiheiten, die der gewerbliche Arbeiter besitzt. Aber auch die Landarbeiter sind noch unfrei, zumal sie heute zu einem großen Teile aus Ausländern bestehen, denen nicht nur die politischen Rechte vorenthalten werden, sondern die auch durch die neuzeitliche Einrichtung des Legitimationszwanges in ein Sklavenverhältnis gepreßt werden. Und diese ausländischen Arbeiter werden aus fernen Ländern herbeigeschleppt, auf den Markt gebracht und verhandelt, wie einst die antiken Sklaven. Zwar wird keine Gewalt mehr angewendet, die Not und der Hunger tun jetzt den gleichen Dienst, wohl aber List und Betrug. Auch können die „Arbeitskräfte" nach Ablauf des Vertrags wieder in ihre Heimat zurückkehren. Aber das macht die Sklaverei eher schlimmer als besser: während der antike Sklavenhalter seine Leute auch in der arbeitsfreien Zeit erhalten mußte, sind die heutigen Landarbeiter im Winter dem Hunger ausgesetzt. Und immer größer wird die Zahl dieser aus allen Ländern mit niederer Kultur herbeigeschleppten „landwirtschaftlichen Arbeitskräfte", die der „Leutenot" in Deutschland abhelfen sollen. In einem eben erschienen Buche von Dr. Karl Willecke über die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung in Deutschland (Verlag Paul Parey, Berlin) wird ein umfassendes Bild gegeben von all den Einrichtungen, die der Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte dienen.

Mehrere Hunderttausend ausländischer Saisonarbeiter werden jährlich nach Deutschland gebracht. Nach einer Erhebung des preußischen Ministers des Innern wurden allein in Preußen ausländische Arbeiter beschäftigt:

	insgesamt	davon in der Landwirtschaft
1905	454 000	207 000
1906	605 000	236 000
1907	733 000	258 000
1908	780 000	309 000

Von der deutschen Feldarbeiter-Zentrale wurden für amtliche Bundesstaaten (soweit sie den Legitimationszwang eingeführt haben) ausländische Arbeiter legitimiert:

	insgesamt	davon f. d. Landwirtschaft
1. Januar bis 30. Septbr. 1909	565 071	335 824
1. Januar bis 30. Septbr. 1910	606 221	363 983

Alle diese Arbeiter werden durch Agenten und Werbeinstitute herbeigeschafft, vertragsmäßig für bestimmte Zeit gebunden und durch den Legitimationszwang gezwungen, jede und auch die schlechteste Behandlung zu ertragen. Diese Zahlen erfassen aber noch nicht vollständig die Summe der tatsächlich in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter. Denn die Deutsche Feldarbeiter-Zentrale klagt in ihrem Bericht für 1909/10: „Die Kontrolle durch die örtlichen Polizeibehörden ist noch so lückenhaft, die freiwillige, aber notwendige Mitarbeit der Arbeitgeber hierbei ist noch so lässig, daß als sicher angenommen werden muß, es entziehe sich noch jedes Jahr ein nicht unerheblicher Bruchteil der ausländischen Arbeiter der Legitimierung." Auch ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Zahl dieser vom Auslande herbeigezogenen Arbeiter noch stark zunehmen wird. Denn die „Leutenot" besteht in der Landwirtschaft nach wie vor. So wurden z. B. am 1. Dezember 1907 in der Landwirtschaft der Provinz Hannover 18 264 Wanderarbeiter beschäftigt, von denen allein 11 424 Nichtdeutsche waren. Trotzdem fehlten der hannoverschen Landwirtschaft nach Angabe der befragten Landwirte im Sommer 1907:

Zu dauernder Arbeit	12 175	landwirtschaftliche Arbeitskräfte
Zur Saisonarbeit ..	7 265	landwirtschaftliche Arbeitskräfte
Zur Erntezeit	20 782	landwirtschaftliche Arbeitskräfte

Aehnlich dürfte es überall sein. Denn die schlechte Bezahlung und die schlechte Behandlung treiben auch die letzten deutschen Landarbeiter, Knechte und Mägde vom Lande weg.

Mindestens 300 000 der jährlich vom Ausland beschafften landwirtschaftlichen Arbeiter werden durch gewerbsmäßige Vermittler, durch Agenten herbeigeschleppt. An Provision und Reisekosten werden für einen Saisonarbeiter bis 45 M. und noch wesentlich mehr bezahlt. So wurde durchschnittlich jährlich in den letzten fünf Jahren für die Vermittlung von Arbeitern herausgabt:

Von einem Gute Westfalens . . .	25 ha	groß	200 M.
„ „ „ Westfalens . . .	34 „	„	150 „
„ „ „ Hessen-Nassaus	140 „	„	900—1000 „
„ „ „ Braunschweigs .	100 „	„	700 „
„ „ „ des Rheinlands	300 „	„	2630 „
„ „ „ „ „	100 „	„	700 „
„ „ „ „ „	75 „	„	750 „
„ „ „ „ „	120 „	„	1080 „

Diese Unkosten werden natürlich wieder aus den Arbeitern herausgeschunden. Und auf der anderen Seite sind diese Arbeiter der gemeinsten Ausbeutung durch die Agenten ausgesetzt, die die von allen Mitteln entblößten, der deutschen Sprache unkundigen Opfer in ihre „sklavische Abhängigkeit" bringen, wie Dr. Willecke zugibt, der ganz auf agrarischem Boden steht und nur das Interesse der Gutsbesitzer im Auge hat. Diese Ausbeutung der Arbeiter wird ermöglicht durch den Legitimierungszwang. Jeder der ausländischen Arbeiter muß im Besitze einer Legitimationskarte sein, die von der Polizei unter Mitwirkung der Feldarbeiter-Zentrale in den Grenzämtern ausgestellt wird, wofür die Arbeiter eine Gebühr von 2 M. bezahlen müssen. Für die verschiedenen Nationalitäten sind verschiedenfarbige Legitimationskarten vorgeschrieben, und zwar:

rote Karten für polnische Arbeiter,
gelbe Karten für ruthenische Arbeiter,
grüne Karten für italienische Arbeiter,
blaue Karten für niederländische und belgische Arbeiter,
braune Karten für Arbeiter aus Dänemark, Schweden und Norwegen,
weiße Karten für alle übrigen Arbeiter.

Sämtliche für landwirtschaftliche Arbeiter bestimmten Karten sind durch einen breiten, farbigen Längsstrich besonders gekennzeichnet. Jede Legitimationskarte lautet auf einen bestimmten Arbeitgeber in einem bestimmten Orte. Nach dem 1. Mai werden auch keine Legitimationskarten mehr ausgestellt, weil nach diesem Zeitpunkt der Verdacht des Kontraktbruches vorliegt. Den Arbeitern werden an der Grenze auch die übrigen Papiere abgenommen und mit einem Stempel versehen, aus dem zu erkennen ist, daß sie für einen bestimmten Unternehmer angeworben waren. Ohne die ordnungsmäßige Legitimationskarte darf kein Arbeitgeber einen ausländischen Arbeiter beschäftigen. Die Arbeiter haben also nur die Wahl, sich der rücksichtslosesten Ausbeutung und schlechtesten Behandlung ihres ersten Ausbeuters willenlos zu unterwerfen oder ausgewiesen zu werden, wobei sie dann den Verdienst des Sommers verlieren. Um zu verhindern, daß Arbeitern, denen bereits eine Karte ausgestellt ist und die sich derselben unrechtmäßig entledigt haben, während desselben Kalenderjahres eine zweite Karte ausgefertigt wird, ist bei der Zentralstelle in Berlin eine Kartothek eingerichtet worden, die in alphabetischer Reihenfolge eine Abschrift sämtlicher im Verlaufe des Jahres ausgestellten Legitimationskarten enthält. Außerdem dient dieses Kartenblattregister zur Unterstützung von polizeilichen und richterlichen Ermittlungen. Die Zentralstelle liefert den Polizei- und Gerichtsbehörden alle verlangten Angaben über die Auslandsarbeiter, von denen im Jahre 1910/11 253 143 Polen aus Rußland, 77 567 Polen aus Galizien, 388 Ruthenen aus Rußland, 82 718 Ruthenen aus Galizien, 23 337 Deutsche aus Rußland, 58 390 Deutsche aus Oesterreich, 17 389 Ungarn, 47 690 Italiener, 63 743 Niederländer-Belgier, 793 Franzosen und Luxemburger, 9849 Dänen, Schweden und Norweger und 61 018 andere Nationalitäten waren.

Gleich eisernen Ketten hält ein großer polizeilicher Apparat diese Hunderttausende von fremden Arbeitern an ihrer Arbeitsstelle fest, lediglich im Interesse der Gutsherren. Solange dieser Zustand besteht, hat man das Recht, von einer Sklaverei und einem Sklavenhandel in Deutschland zu reden. Ohne diese Sklaverei würden die Gutsbesitzer gezwungen sein, zu besseren Produktionsformen überzugehen und bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Damit würde dem Fortschritt gedient, der der Landwirtschaft zugute käme. Die Zwangsarbeit hemmt dagegen den Fortschritt, die gesunde Entwicklung in der Landwirtschaft.

Die Auslieferung an das Großkapital.

München, 31. Mai.

Wenn die Episode des Ministeriums Hertling nicht unverzüglich zu Ende geführt wird, so drohen Bayern die schwersten Gefahren. Wir denken nicht nur an den geistigen Schwindel, der von der klerikalen Regierung ausströmt — wir stehen jetzt unmittelbar vor der Tatsache, daß das Ministerium der negativen Arbeit — aus Unfähigkeit, Trägheit oder kapitalistischen Instinkten — **die ganze wirtschaftliche Zukunft Bayerns an das Privatkapital verschleudert**; daß Bayern nur noch ein Tummelplatz für die spekulative Ausbeutung der Großfinanz wird. Das Zentrum wird diesen Landesverrat seiner Regierung nicht nur nicht hindern, es begünstigt ihn im Interesse seiner großkapitalistischen Führer. Dem Bauernlegen der Klerikalfeudalen entspricht die Eroberung des Landes durch das Elektrokapital.

Es gehört zu den bleibenden Verdiensten des so ruhmlos an seiner Charakterschwäche zugrunde gegangenen vorigen Ministeriums, daß es — unter dem Drängen der Sozialdemokratie — die Zeit begriff und an eine Ausnutzung des größten Reichtums Bayerns, seiner Wasserkräfte, ging — durch den Staat im Allgemeininteresse. Schon in den letzten wirren Zeiten des Ministeriums Podewils konnte die Münchner Post — dem schwaphaften Oberregierungsrat Frank war das volle Herz übergeflossen — über „schwarze Pläne" berichten, die Staatsbetriebe zu verhökern. An dem Sturz des Ministeriums haben in erster Linie gewisse kapitalistische Interessenten mitgeholfen, denen nicht nur die Stellung zur Sozialdemokratie nicht brutal genug erschien, sondern die vor allem auch die großen Verstaatlichungspläne, die Elektrisierungspläne der Frauendorfer und Pfaff, im Interesse der privaten Spekulation vereiteln wollten.

Im Ministerium Hertling fanden die großkapitalistischen Scharfmacher und Spekulanten sofort ihr gefügiges Werkzeug. Schon in der Thronrede fand sich eine unklare Wendung über die Preisgabe wirtschaftlich nicht rentabler Staatsunternehmungen.

Seit den heutigen Verhandlungen des Reichsrats ist kein Zweifel mehr, was damals gemeint und was jetzt beabsichtigt ist. Die staatliche Elektrisierung der Wasserkräfte und der bayrischen Bahnen, das Walchenseeprojekt, soll dem Privatkapital geopfert werden. Die Opposition gegen die „staatssozialistischen" Pläne steht kurz vor dem Sieg und Bayern ist damit einer Verwüstung staatlicher Interessen ausgeliefert, die überhaupt nicht mehr geheilt werden kann, wenn sie einmal geschehen ist.

Die Interpellation des Grafen Moy im Reichsrate, die die Beseitigung des Walchenseeprojekts verlangte, hat volle Klarheit geschaffen. Natürlich ist die heutige Regierung niemals bereit, offen und aufrichtig ihre Absichten durchzuführen. Man versucht sich vielmehr in „jesuitischen" Schlichen, aber man ist nicht fähig genug, um sich in diesen trüben Künste erfolgreich zu üben und die öffentliche Meinung düpieren zu können. Herr v. Seidlein, der dürftige Nachfolger des staatsmännisch veranlagten (wenn auch allzu biegsamen) Verkehrsminister v. Frauendorfer, wandte sich in der breiten Beantwortung der Interpellation scheinbar gegen den Grafen Moy und beteuerte, daß die Regierung an dem Projekt „festhalte". Aber sein Versprechen, das Projekt erst noch einmal gründlich zu überprüfen und seine weitere Ankündigung, daß man einstweilen weitere Bahnlinien nicht elektrisieren wolle, wurde von dem ersten Diskussionsredner, einem Vertreter der Hochfinanz, dem Bankier v. Finck sofort richtig verstanden; denn dieser prinzipielle Gegner jeder staatlichen Versorgung mit elektrischer Kraft begrüßte die Ausführungen des Ministers. Das Kapital sieht goldnen Weizen reifen! Und als der hervorragende Ingenieur Oskar v. Miller, unterstützt vom Grafen Toerring (der übrigens den gestrigen Verhandlungen deshalb nicht beiwohnte, weil er am Begräbnis seiner Schwägerin teilnahm!), die ungeheure Bedeutung des Walchenseeprojekts für die ganze Zukunft Bayerns und die Notwendigkeit des sofortigen Baues darlegte, da wandte sich Herr v. Seidlein gegen die Verteidiger des Projekts, an dem die Regierung doch festhalten zu wollen behauptet. Die Maske war gefallen. Denn die beiden Anhänger der früheren Pläne hatten mit Recht bemerkt: Verzögerung bedeutet Verhinderung des Werks überhaupt. Das Walchenseeprojekt sollte ja besonders der elektrischen Versorgung der nordbayrischen Industrie dienen. Man weiß, daß der Konzern der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft jeden Tag benutzt, um Nordbayern einzuspinnen. Die Verzögerung des staatlichen Eingreifens bedeutet unter diesen Umständen die hoffnungslose Kapitulation vor dem Privatkapital.

Die Regierung verschanzt sich hinter die „finanziellen Rentabilitätsberechnungen des sorgsamen Kaufmanns". Zunächst gilt es, die Rentabilität dieses fressenden Ministeriums kaufmännisch sorgsam zu berechnen ....

Deutsches Reich.

Jungliberaler Aerger.

Die Bemühungen der sogenannten Altliberalen, mit Hilfe ihrer Sonderorganisation die nationalliberale Partei vollständig unter ihre Fuchtel zu bringen, gefallen natürlich den Jungliberalen ganz und gar nicht. Die Jungliberalen haben alle möglichen Opfer gebracht, haben auf eine Vertretung im Zentralvorstand verzichtet, und trotzdem haben die alten Herren eine besondere Organisation gegründet. In einer Frankfurter Wochenschrift gibt ein Junger seiner Verdrossenheit über das Vorgehen der Alten in folgender Weise Ausdruck:

„Hier hört bei uns jedes Verständnis, jede Entschuldigung für die Unternehmer des „Reichsverbandes der Altnationalliberalen" auf, hier haben sie Treulosigkeit begangen."

Er wirft den Altliberalen vor, daß sie dem Parteitage ihren Plan, sich gesondert zu organisieren, nicht offen dargelegt hätten:

„Daß sie das nicht taten, ist eine höchst verwerfliche Hinterhältigkeit oder auch — und das erscheint uns sehr wahrscheinlich — ein Mangel an Courage. Denn so wie die Stimmung des Parteitages nun einmal beschaffen war, wäre den Herren Sonderhändlern von der Mehrheit jedenfalls gründlich heimgeleuchtet worden."

Und der nationalliberale Generalsekretär für Pommern, Dr. Mittelmann, schreibt in der Pommerschen Rundschau:

Stehen die Dinge so, wollen die Altnationalliberalen tatsächlich den Kurs gewaltsam nach rechts dirigieren, und zwar, wie

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120601/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG